

University of Groningen

Raumplanung und das Ende von Wachstum und Fläche

Lamker, Christian Wilhelm

Published in:
Raumplanung

IMPORTANT NOTE: You are advised to consult the publisher's version (publisher's PDF) if you wish to cite from it. Please check the document version below.

Document Version
Publisher's PDF, also known as Version of record

Publication date:
2024

[Link to publication in University of Groningen/UMCG research database](#)

Citation for published version (APA):
Lamker, C. W. (2024). Raumplanung und das Ende von Wachstum und Fläche: Wachstumsbias und Postwachstumskritik. *Raumplanung*, 226(2), 34-40.

Copyright

Other than for strictly personal use, it is not permitted to download or to forward/distribute the text or part of it without the consent of the author(s) and/or copyright holder(s), unless the work is under an open content license (like Creative Commons).

The publication may also be distributed here under the terms of Article 25fa of the Dutch Copyright Act, indicated by the "Taverne" license. More information can be found on the University of Groningen website: <https://www.rug.nl/library/open-access/self-archiving-pure/taverne-amendment>.

Take-down policy

If you believe that this document breaches copyright please contact us providing details, and we will remove access to the work immediately and investigate your claim.

Downloaded from the University of Groningen/UMCG research database (Pure): <http://www.rug.nl/research/portal>. For technical reasons the number of authors shown on this cover page is limited to 10 maximum.



Zukunft ohne Wachstum? (Foto: KI-generiert, Adobe Firefly 2, 15.12.2023)

Christian Lamker

Raumplanung und das Ende von Wachstum und Fläche

Wachstumsbias und Postwachstumskritik

Praktische Grenzen, wissenschaftliche Diskussionen, und politische Ziele richten sich verstärkt auf eine Zukunft ohne Wachstum.

Raumplanung braucht eine neue Position für und in dieser Zukunft, in der sie sich als Postwachstumsplanung von ökonomischem Wachstum und Flächenwachstum lösen muss.

In den zurückliegenden Jahren wurde der Zusammenhang zwischen Raumplanung und Wachstum vermehrt kritisch diskutiert (Ache et al. 2023; ARL 2021; Savini et al. 2022; Durrant et al. 2023). Diese Diskussion schließt an globale Fragen von Nachhaltigkeit und der gerechten Nutzung von endlichen Ressourcen an. Sie wird verstärkt durch das Gefühl zunehmend schneller und sich überlagernder ökonomischer, ökologischer und gesellschaftlicher Krisen. Das Ende der modernen Utopie, alle Wünsche und Bedarfe in konsensualen Win-Win-Situationen innerhalb ökologischer Grenzen befriedigen zu können, scheint erreicht.

Akteur*innen innerhalb der institutionalisierten Raumplanung fällt es schwer, nicht zuerst an Wachstum als Mittel oder als Lösung zu denken. Einerseits ökonomisches Wachstum, andererseits aber auch das Wachstum an Nutzungen im Raum und damit einhergehend der Verbrauch von Flächen. Politisch setzt die EU-Bodenstrategie das Jahr 2050 als Zeithorizont, um erstmals ohne neuen Flächenverbrauch auszukommen und in eine vollständige Flächenkreislaufwirtschaft überzugehen. Deutschland war und ist Vorreiter auf dem Gebiet dieser Politiken (Weith et al. 2019). Das Land hat sich in der Nachhaltigkeitsstrategie 2008 bereits darauf verständigt und zunächst eine Reduzierung auf 30 ha/Tag bis 2020 (2016 verschoben auf 2030) vorgesehen. Im Jahr 2021 lag das Ziel mit 58 ha/Tag noch in weiterer Ferne. Trotzdem ist bereits seit gut 15 Jahren ein Ziel gesetzt, das im Grunde kompatibel mit moderaten Postwachstumspositionen ist. Die Frage, der hier nachgegangen wird, ist: Wie hilft eine Postwachstumsperspektive, den Bias zugunsten von Wachstum zu verstehen?

In diesem Beitrag wird der aktuelle Stand der wissenschaftlichen Diskussion in einer Form aufgearbeitet, die auch die Zugänglichkeit und Verständlichkeit für angewandte Forschung und die Praxis erhöhen soll. In der Struktur folgt zunächst die Bedeutung von Wachstum in der Geschichte der Disziplin sowie dem Hintergrund des Wachstumsbias in der Raumpla-

Christian Lamker, 1984,
Dr. rer. pol., Raumplaner,
Assistenzprofessor für
nachhaltige Transformati-
on und Regionalplanung
an der Universität Gronin-
gen (NL).



nung. Dieser wird nachfolgend anhand von sieben beispielhaften Statements aus einer Postwachstumsperspektive – wie sie aktuell unter dem Begriff Postwachstumsplanung diskutiert wird – verdichtet und kritisiert (Durrant et al. 2023; Lamker und Terfrüchte 2021). Auf Basis von Veränderungspotenzialen wird in den letzten beiden Abschnitten zu einem Ausblick auf Raumplanung ohne Wachstum hingeleitet.

Raumplanung und Wachstum

Die Anfänge der institutionalisierten Raumplanung liegen in der Reaktion auf expansives Wachstum und der Abmilderung der Folgen von wirtschaftlichem und städtischem Wachstum sowie großen Migrationsbewegungen in die Industriestädte und -regionen. Im Zuge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert haben Themen wie Gesundheit, harte Infrastrukturen, Verkehr, Wasser, Abwasser und Freiflächen oder Grünzüge die Grundlagen gelegt, um Raumplanung in Deutschland als öffentliches Handlungsfeld zu etablieren.

In der Weimarer Republik entwickelten sich erste regionale Ansätze (beispielsweise in Berlin und dem Ruhrgebiet) und Themen wie das Wohnungswesen wurden zu räumlichen Fragen eines Wohlfahrtsstaates. Raumplanung wurde ein Werkzeug, um Wachstum zu organisieren. In der Nachkriegszeit war damit zunächst die Entwicklung hin zu rationaler Planung verbunden, spätestens mit nachlassendem wirtschaftlichem Wachstum und der Öl- und Energiekrise der frühen 1970er-Jahre aber ebenso zu pragmatischen und inkrementellen Ansätzen. Der Bericht „Limits to Growth“ hat 1972 zuerst auf breiter Ebene zu der Frage geführt, ob unser Entwicklungsmodell nachhaltig ist.

Ab den 1980er-Jahren wird der Begriff der Nachhaltigkeit etabliert, unterstützt auf globaler Ebene mit der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro und der Klimarahmenkonvention 1992. Nachhaltige Raumentwicklung wurde 1998 dann auch über das BauGB und ROG zum Teil der formalen Raumplanung. Auf der anderen Seite sind die 1990er- und 2000er-Jahre davon geprägt, Wachstum zu fördern und zu verstärken. Beispiele sind der Fokus auf Europäische Metropolregionen, Wachstumskerne, den globalen ökonomischen Wettbewerb, die Liberalisierung von Märkten und Privatisierung vormals öffentlicher Angebote und Dienstleistungen. Die „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ (2007) hat folgerichtig auch Städte als Zentren von Wissen, Wachstum, und Innovation definiert.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise um 2008 führte zu einem Erstarken kritischer Ansätze, die in der Folge um die Begriffe Postwachstum und Degrowth herum entwickelt wurden. Das bis dato stadtpolitisch wirkmächtigste Modell scheint die Donut-Ökonomie von Kate Raworth (2018) zu sein, das mit einem sozialen Fundament und einer ökologischen bzw. planetaren Grenze wirtschaftlicher Aktivität arbeitet. Der Fokus verschiebt sich hiermit auf das Navigieren über Wachstum hinaus. Sichtbar wird eine Trendwende auch in der „Neuen

Leipzig-Charta von 2020“, in der die Begriffe Gemeinwohl und Gerechtigkeit eine prominente Rolle einnehmen.

Aktuelle Brüche werden erkennbar durch globale Krisen, Kriege und Konflikte. Eine Gesellschaft ohne fossile Rohstoffe und begrenzten Ressourcen wurde über Nacht von wissenschaftlichen Hirngespinnsten zum Kern polarisierter gesellschaftlicher und politischer Debatten. Wegweisend für künftige Debatten könnten auch der neue Bericht „Earth for All“ für den Club of Rome (Dixon-Declève et al. 2022) sowie der WBGU-Bericht „Healthy living on a healthy planet“ (WBGU 2023) werden.

Hintergrund: Wachstumsbias

Einen Ankerpunkt für Postwachstumsansätze bildet die Kritik einseitiger Metriken für Entwicklung oder Fortschritt. Gemeint ist in erster Linie das Bruttoinlandsprodukt (BIP, beispielsweise Jackson 2017). Darin werden sowohl negative Ereignisse positiv gewertet (beispielsweise Wiederaufbau nach Naturkatastrophen) als auch wesentliche Aspekte einer demokratischen Gesellschaft nicht berücksichtigt (beispielsweise Care-Arbeit und soziale Netzwerke). Mehr Wirtschaftswachstum ist nicht gleichzusetzen mit mehr Wohlbefinden oder Gesundheit. Je nach der Verteilung des (zusätzlichen) materiellen Wohlstands ist sogar das Gegenteil möglich, wie sich an sinkender Lebenserwartung oder steigender Kindersterblichkeit in reichen Ländern wie dem Vereinigten Königreich oder den Vereinigten Staaten zuletzt abzeichnet.

Für die Raumplanung verbergen sich darin grundsätzliche Fragen: wie viel ‚Mehr‘ ist akzeptabel, wenn es besser ist? Wie viel zusätzlichen Flächen können und sollten wir ‚verbrauchen‘, wenn wir das effizienter tun? Postwachstum, ebenso wie suffizienzbasierte Nachhaltigkeitsansätze, fragen zuerst danach, wie viel wir tatsächlich brauchen (Durrant et al. 2023). Diese Perspektive kritisiert, dass zuerst etwas Neues benötigt wird, um dann davon positive Nebeneffekte zu generieren. Plakativ könnte man fragen: werden wir Biodiversität und Klima retten und gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse erreichen, wenn wir kontinuierlich neue Flächen nach neuesten technischen Standards versiegeln? In der Realität sieht es so aus, dass wir genau das versuchen, obwohl Grenzen physisch, politisch, und in gesellschaftlicher Akzeptanz deutlicher hervortreten.

Debatten über Schrumpfung und Stadtbau sind hier teilweise anknüpfungsfähig. Sie sind aber häufig nicht trennscharf darin, ob fehlendes Wachstum das Problem ist, oder wachstumsunabhängige Zukunftsvorstellungen gesucht und verankert werden. Noch wichtiger ist, dass in einzelnen Projekten sowohl grundlegendere systemische Kritik und Fragen einer Postwachstumsperspektive wenig Beachtung finden konnten. Wechselwirkungen verschiedener Teilräume, regionale Konkurrenzsituationen, oder langfristige gesellschaftliche und ökonomische Transformationen, waren mehr Hintergrundrauschen als im Kern kritischer Debatten in den 1990er- und 2000er-Jahren.

Die Reduzierung der Flächenneuanspruchnahme ist in Deutschland eine etablierte Diskussion und seit der Nachhaltigkeitsstrategie 2008 der Bundesregierung auch als Ziel verankert (Eichhorn et al. 2023). Netto-Null beim Flächenverbrauch ist aber in weiter Ferne, während erneuerbare Energien, Leitungstrassen, aber auch Anforderungen der Klimaanpassung, kaum noch miteinander vereinbar sind. Konflikte werden schärfer und intensiver bzw. die Verfahren länger. Konzeptionelle Vorarbeiten für einen geordneten Siedlungsrückzug (Umweltbundesamt 2016) könnten in eine Richtung weiterentwickelt werden, in der die Flächenneuanspruchnahme insgesamt auf null festgelegt wird und ökologische und soziale Belastungsgrenzen gesamtträumlich beachtet werden. Innerhalb des Umweltbundesamts finden sich bereits viele Expert*innen hinter einem vorsorgenden Postwachstumsansatz wieder (Lehmann et al. 2022).

Mit Blick auf die bestehende Literaturlandschaft, aufkommende Netzwerke und Webseiten (hier: www.postwachstumsstadt.de, www.postgrowthcities.com, www.postgrowthplanning.com) zeigt sich eine Vielfalt an Kritikpunkten an aktueller Wirtschaft, Politik, und Gesellschaft, mit einer großen Zahl möglicher ökonomisch begründeter Alternativen wie der Donut-Ökonomie, der Foundational Economy und der Well-Being Economy. Die Foundational Economy legt den Fokus auf die (infrastrukturellen) Grundlagen, die ein gutes Leben ermöglichen. Die Well-Being Economy setzt breiter daran an, wirtschaftliches Handeln innerhalb sicherer ökologischer Grenzen im Sinne des Wohlergehens aktueller und zukünftiger Generationen zu fordern und zu fördern. Gesellschaftlich schließen daran beispielsweise gemeinwohlorientierte Ansätze, wie (urban) commons, transition towns, und die Diskussion über Arbeitsformen, Gender und Care-Arbeit an.

Für die Raumplanung gibt es bisher kein etabliertes Modell, das Postwachstumsplanung konkreter mit Bezug auf Fläche und Raumnutzung eingrenzt. In der Literatur und den genannten Online-Quellen kulminiert aber eine grundsätzliche Kritik, die besonders früh bereits von Rydin (2013) und Xue (2015) an die internationale Raumplanung gerichtet wurde: am Anfang oder als Ziel steht ein Zuwachs (an Fläche, an Gebäuden, an Nutzungen), der mithilfe der Instrumente der Raumplanung dann bestmöglich ausgeschöpft werden soll. Die Kritik setzt genau daran an und entfernt diese Start- oder Zielbedingung aus der Gleichung (Durrant et al. 2023).

Postwachstum: Kritik

Auf internationaler Ebene werden Schnittstellen nutzbar, um in Richtung heutiger Planungspraxis zu denken (Durrant et al. 2023; Savini et al. 2022; Xue 2022). In den oben genannten Quellen finden sich konkrete Bezüge auf Fläche, die auf Beobachtungen aktueller planungspraktischer Fragen beruhen und hier in sieben Beobachtungen zusammengefasst und jeweils kritisch aufgearbeitet werden.

1. Mehr ökonomisches Wachstum ist nötig, um Arbeitsplätze und Steuereinnahmen zu generieren.

In Deutschland und anderen Industrieländern ist in der Summe genug vorhanden, d. h. ein höheres BIP ist nicht notwendig, um genug für alle zu haben (Hickel 2019). Konkreter fällt der Blick damit auf nicht eingerechnete Arbeit der sozialen Reproduktion sowie eine Definition von ökonomischem Wert, die ihre eigene Basis kannibalisiert (Fraser 2023). Praktisch gesehen scheint mittelfristig zudem der Mangel an Arbeitskräften weit bedeutender als der Mangel an Arbeitsplätzen.

2. Mehr Agrarland muss als Siedlungsfläche genutzt werden, um Bauen und Wohnen bezahlbar zu machen.

Grundsätzlich ist die Logik nachvollziehbar, dass mehr Angebot zu günstigeren Preisen führt. Allerdings gibt es gegenläufige Faktoren. Zunächst fällt die tatsächliche Marktnachfrage nicht unmittelbar mit dem Bedarf von Haushalten zusammen. Faktoren wie Zinsen, Kommodifizierung von Boden und Wohnen insgesamt, internationales Investment und Wohnen als Geldanlage spielen sicher eine Rolle, auch wenn sie sich oft nicht exakt quantifizieren lassen (siehe Beiträge in Savini et al. 2022). Darüber hinaus wächst die Wohnfläche pro Person weiterhin mit Ausnahme weniger Kernstädte an.

3. Mehr neue Siedlungen sind notwendig, um das Steueraufkommen zu erhöhen und lokale Ökonomien zu erhalten.

Auf den ersten Blick ist es logisch, dass neue Haushalte auch neue Steuereinnahmen generieren und Güter (lokal) konsumieren. Allerdings sind auch öffentliche Investitionen notwendig für neue Infrastruktur und Dienstleistungen, ebenso wie mögliche Veränderungen im Bestand (beispielsweise Verlagerung von Kindergärten und Schulen). Innenentwicklung und Nachverdichtung sind ein zentrales planerisches Ziel, dessen Umsetzung mit anderen Zielen in Konflikt steht und durch neue Möglichkeiten zur Außenentwicklung (§13b BauGB) konterkariert wurde (Grotefels 2018). Zudem erscheinen Belege zu dem tatsächlichen Kaufverhalten vor Ort und Engagement in lokalen Gemeinschaften vage. Relativ zur Bevölkerung wird gerade in peripheren ländlichen Räumen viel neue Fläche versiegelt; und realisierte Dichten bleiben oft niedrig (Eichhorn et al. 2023).

4. Mehr Gewerbeflächen sind notwendig, um Optionen zum Arbeiten und Einkaufen zu erhalten.

In der Geschichte der Raumplanung waren Produktion, Gewerbe und Handel eng mit Fläche verbunden. Heute entwickeln sich neue Formen von Produktion (Urbane Produktion), sich räumlich und zeitlich verlagernde Büronutzungen (Home-Office, Co-Working), sowie flexible Einkaufsformen (Onlinehandel, Automaten). Die Verkehrswende würde zudem von kleinteiligeren Strukturen profitieren, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad bewältigt werden können. Zusammen gedacht mit der flexiblen Nachnutzung und Umnutzung bestehender Flächen bleibt eine bestenfalls lose Kopplung von

neuer Fläche. Wenn sich Wirtschaft und Gesellschaft grundlegender transformieren (WBGU 2011), verliert Raumplanung hier einen wesentlichen Gestaltungsanspruch.

5. Mehr materielle Ressourcen wie seltene Erden sind nötig, um klimaneutral zu werden.

Das Modell ist einleuchtend: Investition in Klimaneutralität jetzt, und langfristig den Gewinn in Form minimaler CO₂-Emissionen. Eine derartige ökonomische Investitionslogik muss aber nicht auf Gesellschaften übertragbar sein. Diesem Modell immanent ist ein (zunächst) hoher Verbrauch von Ressourcen wie bspw. seltener Erden, die aus geopolitischen und geophysikalischen Gründen nur eingeschränkt zur Verfügung stehen. In der Postwachstumsliteratur wird hier auch auf neo-koloniale Ausbeutung, neue Formen des 'Extraktivismus' und fortbestehende ungleiche Beziehungen zwischen globalem Norden und Süden, oder wie zusammenfassend bei Brand und Wissen (2017) beschreiben auf unsere 'imperiale Lebensweise', hingewiesen. Auch Beton und andere Baustoffe verursachen massive Emissionen, während erneuerbare Baustoffe wie Holz schon jetzt seltener und teurer werden und in Nutzungskonkurrenz zur Energie- und Wärmeerzeugung stehen.

6. Mehr smarte Technologien sind erforderlich, um weniger Energie zu verbrauchen.

Technologien und insbesondere smarte Technologien sind vielversprechend, aber unterliegen auch der Gefahr der Überkompensation von Effizienzgewinnen (Rebound-Effekte und Jevons-Paradox). Postwachstumsansätze sind mitunter unscharf, ob und welche Technologien sinnvoll sind. Sie sind sich aber weitgehend einig darin, dass es auch hier Grenzen aufgrund des Einsatzes von Material und Energie gibt. Das gilt für die Hardware vor Ort, aber auch den Betrieb von Anlagen und Rechenzentren. Auf globaler Ebene kommen derartige Fragen der technologischen Infrastruktur neuerlich in den Fokus (Pansera et al. 2024), lokal sind sie eng anknüpfungsfähig an bestehende Kritik an Smart Cities und einer lokalen Technokratie (Savini und Raco 2019). Darüber hinaus entstehen zukünftige Erneuerungsbedarfe bei Technologien, die nur begrenzte Lebensdauern haben.

7. Mehr Fläche und Ressourcen sind erforderlich, um Wohn- und Infrastrukturbedarfe zu erfüllen.

In Begriffen wie green growth (grünes Wachstum) ist die Idee verankert, dass ökonomisches Wachstum ohne negative ökologische Folgen möglich ist. Die Hoffnung liegt auf einer Entkopplung (engl. decoupling), obwohl diese höchst unwahrscheinlich oder unmöglich ist (Parrique et al. 2019). Absolut gesehen gibt es bisher kein Wirtschaftswachstum ohne negative ökologische Konsequenzen. Es gibt bestenfalls kleine Erfolge von relativer Entkopplung, die sowohl langsam wie beschränkt bleiben (Vogel und Hickel 2023). Mit Blick auf Fläche ist es schon praktisch ausgeschlossen, eine Nutzungsveränderung in eine Richtung (wie Siedlungsfläche) nicht zu-

lasten einer anderen Nutzung (wie Agrarland) vorzunehmen. Auf rein vertikaler Ebene haben Ansätze für Nachverdichtung und Innenentwicklung gewisse Potenziale; allerdings kommen auch sie nicht ohne den Einsatz zusätzlicher Ressourcen aus und erreichen bestenfalls Abstufungen relativer Entkopplung.

Auf dieser Kritik gründen sich aktuelle Initiativen für eine Bodenwende, Bauwende und Wohnwende, die auch von etablierten Intuitionen getragen wird (bspw. das Bündnis Bodenwende seit 2020 oder Architects4Future in Deutschland seit 2019). In diesem Bereich ist viel Bewegung, beispielsweise über naturbasierte Lösungen, lokale Regenwasserbewirtschaftung, urbane Landwirtschaft oder lokale Biodiversitätsstrategien. Es bleibt kaum überzeugend, dass Neubau – horizontal wie vertikal – eine gute Maßnahme für das Klima, den Ressourcenverbrauch, oder die Biodiversität ist. Zugleich liegen aber im Bestand und in Anpassungen des Bestands die größten Potenziale, den Ressourceneinsatz für veränderte Bedarfe zu minimieren, flexibel und zirkulär zu gestalten, und auch gemeinschaftliche Organisations-, Nutzungs- und Eigentumsformen zu etablieren.

Postwachstum: Paradigma, Theorie und Veränderungspotenziale

Im Kern leitet diese Wachstumskritik aber weniger zu einer neuen normativen Theorie im Sinne von Ernest Alexander (1997), die Praktiker*innen sagt, was zu tun ist. Es ist mehr ein potenzielles neues Paradigma für Gesellschaft, Wirtschaft und Planung, wie es die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL, heute: Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft) in 2017 in ihrem Forschungsprogramm beschreibt. Damit bewegt sich Postwachstumsplanung einerseits auf der Ebene konkreter Planungsinstrumente, Methoden, und Werkzeuge (Durrant et al. 2023). In ihr steckt auch eine Reflexion darüber, was Raumplanung ist und langfristig sein soll, welche Ziele mit ihr verfolgt, und welche Rollen dafür genutzt werden (ARL 2021; Lamker und Schulze Dieckhoff 2020). Aktuelle Diskussionen über den 'Bau-Turbo' in §246e BauGB zeigen, wie konfliktreich die Debatte ist, aber auch, dass sich viele Berufs- und Interessensverbände deutlich gegen eine vereinfachende Fokussierung auf ein 'Mehr' zur Lösung sozio-ökonomischer Problemlagen positionieren und dazu auch postwachstumsbasierte Argumentationen nutzen. Die Kritik ist grundlegend, aber zuletzt scheinen sich größere Schnittstellen in die Praxis zu zeigen. Paulson und Büchs (2022) weisen auf Basis von Daten aus 34 europäischen Staaten nach, dass es durchaus Akzeptanz für postwachstumsbasierte Werte (in Englisch: collectivism, harmony, distributed and participative, sufficiency, needs satisfaction, social justice). Was noch fehlt, ist ein besseres Narrativ von 'besser aber weniger' insbesondere für wohlhabendere Gruppen der Gesellschaft.

Für die deutschsprachige Planungspraxis und Planungswissenschaft haben Lamker und Schulze Dieckhoff (2022) die

Hürden, aber auch die Offenheit, auf dem Weg zu einer Postwachstumsplanung beschrieben. Das Veränderungspotenzial bewegt sich über neun identifizierte Positionen von niedrig (out of fashion, unnecessary, exclusivity) über mittlere Positionen (inappropriate, responsibility, uncertainty, speculative) bis hin zu einer hohen Annahme von Postwachstum (inspirational, revolutionary). Hiermit ist noch nichts über die tatsächliche Akzeptanz, die Verknüpfung zu anderen Ansätzen von Gerechtigkeit und Wohlfahrtsstaat, oder normative Präferenzen gesagt. Für die Diskussion der Potenziale von Postwachstum in der Raumplanung ist aber zu beachten, dass es eine große Diversität von Reaktionen gibt, bei Expert*innen und der Öffentlichkeit eine unerwartet große Offenheit, aber auch Divergenzen zwischen den sichtbaren Einstellungen der Institutionen als Ganzes und den Einstellungen verschiedener Einzelpersonen.

Dieser Beitrag konzentriert sich ausschließlich auf den deutschen und europäischen Kontext. Die Kritik an extraktiven und neo-kolonialen Beziehungen zwischen globalem Norden und globalem Süden, beispielsweise bei der Nutzung von Metallen und seltenen Erden, ist für jede Handlung bei uns wichtig. Darüber hinaus ist der Autor der Überzeugung, auf vereinfachende Übertragungen in andere Kontexte zu verzichten und auf entsprechende Diskussionen zu verweisen (Anknüpfungspunkte in Dixon-Decleve et al. 2022).

Zukunft: Raumplanung ohne Wachstum

Eine Zukunft, in der Postwachstumsplanung normalisiert wird, bedeutet auch die politische Verantwortung der Beteiligten in Praxis, Wissenschaft, und Lehre, in den Fokus zu nehmen (Durrant et al. 2023). In diesem Beitrag wird dabei davon ausgegangen, dass sich Raum und Gesellschaft auch weiterhin verändern werden, dass es eine Disziplin braucht, die sich genau damit beschäftigt und dass es hierfür ein wachstumsunabhängiges Selbstverständnis braucht. Die Veränderung hin zu einer Raumplanung ohne Wachstum kann nicht nur aus der Planung heraus erfolgen. Sie kann aber ebenso wenig nur von außerhalb, beispielsweise durch gewählte Politiker*innen, erfolgen. Planer*innen haben vielfältiges praktisches Wissen, Erfahrungen, und nicht zuletzt komplexe formelle und informelle Instrumente, die sich auch in ihrer Veränderung anpassen und erweitern lassen. Potenziale sind für Außenstehende wie die Politik im Detail kaum sichtbar oder fassbar, wenngleich ihre Anwendung durchaus revolutionäre Veränderungen bedeuten kann. Für die Raumplanung liegt hier ein fruchtbares Feld, die Postwachstumsdiskussionen in der Ökonomie, Ökologie, Soziologie, und Psychologie, in die eigene Disziplin zu übertragen und sie unmittelbar mit der organisierten Nutzung gemeinsamer räumlicher Ressourcen zu verbinden.

Ein Ansatzpunkt liegt konkret in der Fläche. Wenn ein grundlegendes Ziel von Netto-Null innerhalb Deutschlands und innerhalb der Europäischen Union politisch beschlossen ist,

könnte und sollte es durchaus im Rahmen der Verantwortung der Praxis liegen, Vorschläge zu machen, um dieses Ziel mit Entschlossenheit zu verfolgen. Wissenschaftlich gibt es keinen Beleg dafür, dass ein postwachstumskompatibles Ziel wie Netto-Null mit dem bestehenden Instrumentarium der Raumordnung nicht erreichbar wäre. Damit ist Raumplanung zwangsläufig im Kern der politischen Debatte mit ihren Konflikten und Widersprüchen und der Frage, auf Basis welches Zeithorizontes gerechte und nachhaltige Entscheidungen getroffen werden können. Die Instrumente dafür sind teilweise vorhanden und können darüber hinaus angepasst und erweitert werden. Die entsprechende Einstellung, die sich aus einem Postwachstums-Paradigma ergeben würde, kann sich Schritt für Schritt entwickeln. Dabei sollte eine derartige Re-Politisierung von Raumplanung nicht mit Überheblichkeit verwechselt werden, und auch nicht mit der Vorwegnahme von demokratisch getroffenen Entscheidungen. Vielmehr sollte das Gegenteil gedacht werden: könnte es langfristig helfen, aus der Akzeptanz harter realer Grenzen heraus die Möglichkeit zu schaffen, echten politischen Entscheidungsspielraum zu nutzen und zu gestalten?

Diese Perspektive verlangt viel von Planer*innen, aber auch von Politiker*innen und Bürger*innen. Andererseits brauchen gerade die vielfältigen aktuellen Herausforderungen eine klare Zukunftsperspektive, die langfristig und global tragfähig (oder: nachhaltig) ist. Dafür bieten Postwachstumsansätze einen fruchtbaren Nährboden. Auf diesem sollten Konflikte ehrlich offengelegt werden, sodass bestehende und neue Planungsinstrumente ohne ein 'Mehr' im ersten Schritt gedacht werden können und zugleich positive Vorstellungen von Veränderungen im Rahmen begrenzter Ressourcen entstehen und festgelegt werden können. ■

Literatur

- > Ache, P., Lamker, C. W. & Veil, K. (2023): (Post-)Wachstum in Stadt und Region. Editorial. *RaumPlanung H. 3/4-2023*, 6-7. <https://ifr-ev.de/raumplanung/post-wachstum-in-stadt-und-region/> (15.12.2023).
- > Alexander, E. R. (1997): A mile or a millimeter? Measuring the 'planning theory - practice gap'. *Commentary. Environment and Planning B: Planning and Design*, 24 (1), 3-6. <https://doi.org/10.1068/b240003>.
- > ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2017): *Forschungskonzept 2017-2022*. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL).
- > ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (Hrsg.) (2021): *Postwachstum und Raumentwicklung. Denkanstöße für Wissenschaft und Praxis (Positionspapier aus der ARL Nr. 122)*. Hannover: Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL).
- > Brand, U. & Wissen, M. (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus*. München: oekom verlag.
- > Dixon-Decleve, S., Gaffney, O., Ghosh, J., Randers, J., Rockström, J. & Stoknes, P. E. (2022): *Earth for All. A survival guide for humanity. A Report to the Club of Rome: New Society*.

- > Durrant, D., Lamker, C. W. & Rydin, Y. (2023): *The Potential of Post-Growth Planning: Re-Tooling the Planning Profession for Moving beyond Growth*. *Planning Theory & Practice*, 24 (2), 287-295. Comment. <https://doi.org/10.1080/14649357.2023.2198876>.
- > Eichhorn, S., Adam, B., Schürholt, K., Baumann, S., Eichfuss, S., Jansen, H. et al. (2023): *No net land take policy in practice: Applications and potentials of planning instruments in municipalities. Results of an online survey in North Rhine-Westphalia*. *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning*. <https://doi.org/10.14512/rur.1722>.
- > Fraser, N. (2023): *Cannibal Capitalism. How Our System Is Devouring Democracy, Care, and the Planet and What We Can Do about It*: Verso Books.
- > Grotefels, S. (2018): *Bebauungspläne nach § 13b BauGB versus Boden- und Flächenschutz? Umwelt- und Planungsrecht*, 38 (9), 321-330.
- > Hickel, J. (2019): *Is it possible to achieve a good life for all within planetary boundaries?* *Third World Quarterly*, 40 (1), 18-35. <https://doi.org/10.1080/01436597.2018.1535895>.
- > Jackson, T. (2017): *Wohlstand ohne Wachstum - das Update. Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft*. München: oekom.
- > Lamker, C. W. & Schulze Dieckhoff, V. (2020): *Neue Rollen kollektiver wachstumsunabhängiger Raumorganisation*. In B. Lange, M. Hülz, B. Schmid & C. Schulz (Hrsg.): *Postwachstumsgeographien. Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien (Sozial- und Kulturgeographie, Bd. 38, S. 369-386)*. Bielefeld: transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839451809-026>.
- > Lamker, C. W. & Schulze Dieckhoff, V. (2022): *Becoming a post-growth planner: inner obstacles to changing roles*. In F. Savini, A. Ferreira & K. C. von Schönfeld (Hrsg.): *Post-Growth Planning. Cities beyond the market economy* (S. 189-202). New York: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781003160984-20>.
- > Lamker, C. W. & Terfrüchte, T. (2021): *Postwachstum nach der Pandemie. Gleichwertige Lebensverhältnisse ohne Wachstumszwang*. *RaumPlanung H.* 3/4-2023, 34-39.
- > Lehmann, C., Delbard, O. & Lange, S. (2022): *Green growth, a-growth or degrowth? Investigating the attitudes of environmental protection specialists at the German Environment Agency*. *Journal of Cleaner Production*, 336. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2021.130306>.
- > Pansera, M., Lloveras, J. & Durrant, D. (2024): *The infrastructural conditions of (de-)growth: The case of the internet*. *Ecological Economics*, 215. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2023.108001>.
- > Parrique, T., Barth, J., Briens, F., Kerschner, C., Kraus-Polk, A., Kuokkanen, A. et al. (2019): *Decoupling debunked – Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability*. European Environmental Bureau. <https://eeb.org/libr5ry/decoupling-debunked> (15.12.2023).
- > Paulson, L. & Büchs, M. (2022): *Public acceptance of post-growth: Factors and implications for post-growth strategy*. *Futures*, 143, 1-15. <https://doi.org/10.1016/j.futures.2022.103020>.
- > Raworth, K. (2018): *Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört*. München: Hanser.
- > Savini, F., Ferreira, A. & Schönfeld, K. C. von (Hrsg.) (2022): *Post-Growth Planning. Cities beyond the market economy*. New York: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781003160984>.
- > Savini, F. & Raco, M. (2019): *The rise of a new urban technocracy*. In M. Raco & F. Savini (Hrsg.): *Planning and knowledge. How new forms of technocracy are shaping contemporary cities* (S. 3-18). Bristol, UK: Policy Press. <https://doi.org/10.2307/j.ctvkjb1z8.6>.
- > Umweltbundesamt. (2016). *Siedlungsrückzug – Recht und Planung im Kontext von Klima- und demografischem Wandel (Climate Change Nr. 21)*. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- > Vogel, J. & Hickel, J. (2023): *Is green growth happening? An empirical analysis of achieved versus Paris-compliant CO₂-GDP decoupling in high-income countries*. *The Lancet Planetary Health*, 7 (9), e759-e769. [https://doi.org/10.1016/S2542-5196\(23\)00174-2](https://doi.org/10.1016/S2542-5196(23)00174-2).
- > Weith, T., Warner, B. & Susman, R. (2019): *Implementation of International Land Use Objectives - Discussions in Germany -*. *Planning Practice and Research*, 34 (4), 454-474. <https://doi.org/10.1080/02697459.2019.1624426>.
- > WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (Hrsg.) (2011): *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Hauptgutachten. Berlin: WBGU.
- > WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (Hrsg.) (2023): *Healthy living on a healthy planet. Flagship Report*. Berlin: WBGU.
- > Xue, J. (2015): *Sustainable housing development: decoupling or degrowth? A comparative study of Copenhagen and Hangzhou*. *Environment and Planning C: Government and Policy*, 33 (3), 620-639. <https://doi.org/10.1068/c12305>.
- > Xue, J. (2022): *Urban planning and degrowth: a missing dialogue*. *Local Environment*, 27 (4), 404-422. <https://doi.org/10.1080/13549839.2020.1867840>.

Schlüsselwörter: Postwachstum; Flächenverbrauch; Planungsinstrumente
 Keywords: Post-Growth; Land Consumption; Planning Instruments

Zusammenfassung: Praktische Grenzen und politische Ziele richten sich auf eine Zukunft ohne Wachstum. Dieser Beitrag arbeitet die aktuelle Diskussion um eine Raumplanung ohne Wachstum anhand der Verbindung zu Flächenverbrauch auf und zeigt Potenziale einer wachstumsunabhängigen Raumplanung auf.

Abstract: Practical limits and political goals point towards a future without growth. This article uses the contemporary debates around planning beyond growth along the connection to land consumption to outline potentials of a growth-independent mode of spatial planning.